

# Zwangsarbeit in Freiburg während des Zweiten Weltkriegs

Von  
ULRICH P. ECKER

Als Ende der 1990er-Jahre die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ auf den Weg gebracht wurde, die Entschädigungsleistungen an ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Deutschland aus Mitteln des Bundes und der Wirtschaft bereitstellen und verteilen sollte, da war die Zwangsarbeitergeschichte und die Auseinandersetzung mit ihr in aller Munde. Sie wurde im Vorfeld der Gesetzgebung lebhaft und strittig diskutiert, und zwar nicht nur hierzulande. Schon während der Auszahlung der 5,1 Milliarden Euro aus dem Stiftungsfonds an die Betroffenen, die nach einem aufwendigen und mühseligen Antrags- und Prüfungsverfahren zustande kam und die gewiss in vielen Fällen segensreich, in anderen aber auch mit Härten und Enttäuschungen verbunden war, begann aber das öffentliche Interesse an der Zwangsarbeiterthematik nachzulassen. Heute ist sie aus dem Bewusstsein des Normalbürgers bereits wieder weitgehend verdrängt.

Die Stadt Freiburg, die damals, auf dem Höhepunkt der Debatte im Mai 2001, sozusagen als Soforthilfe in Anbetracht des sich immer wieder verzögernden Auszahlungsbeginns eine eigene städtische Entschädigungsleistung an ehemalige Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen im Stadtgebiet beschlossen hatte, ist allerdings immer noch mit dem Thema befasst. Erst 2007 hat sich nämlich die russische Zwangsarbeiterstiftung bereitgefunden, sich mit der Stadt vertraglich über die Zahlung an ihre betroffenen Landsleute zu einigen, so dass nun endlich auch die letzten Gelder fließen können.<sup>1</sup>

## Wie viele Zwangsarbeiter gab es in Freiburg?

Als der Gemeinderat im Mai 2001 entschied, allen noch ermittelbaren und lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern, die während des Zweiten Weltkriegs auf dem Gebiet der Stadt Freiburg bei öffentlichen Einrichtungen, privaten Betrieben und Haushalten eingesetzt waren, eine einmalige Zahlung zu gewähren, waren noch keine Zahlen über den Umfang des Zwangsarbeitereinsatzes in der Stadt bekannt. Nach bruchstückhaften Unterlagen im Stadtarchiv war der Einsatz von 3.444 Personen als Zwangsarbeiter schriftlich und mit Namen dokumentiert. Weitere Recherchen förderten immer mehr Fälle ans Tageslicht. Namentlich nachweisbar sind in der mit Hilfe des Freiburger Büros für ungewöhnliche Maßnahmen eingerichteten Datenbank des Stadtarchivs inzwischen fast 5.000 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Freiburg. Es waren aber wohl noch entschieden mehr. Angaben in einem Schreiben des Ernährungsamtes Freiburg vom Dezember 1944 an den Oberbürgermeister über die Zahl der nicht einheimischen Lebensmittelkarten- und Gemeinschaftsverpflegungsempfänger in der Stadt deuten auf insgesamt 9.400 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen hin.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Niederschrift eines Vortrags, der von mir als Leiter des Stadtarchivs bei der Veranstaltung der Stadt Freiburg i. Br. zum Auschwitztag am 27. Januar 2008 im Kaisersaal des Historischen Kaufhauses am Münsterplatz gehalten wurde.

<sup>2</sup> Stadtarchiv Freiburg (StadtAF), C4/XII/14/10.

## Warum Zwangsarbeitereinsatz?

Diese Zahl ist erstaunlich, wenn man bedenkt, das Freiburg erstens keine Industriestadt und zweitens bei Weitem kein Zentrum der Rüstungsindustrie war.

Erst im Laufe des Krieges, vor allem ab 1943 wurden kriegswichtige Produktionen aus luftkriegsgefährdeten Gebieten des Reiches nach Baden und Freiburg verlegt. Hier hatten sie dann „nachfragebedingt“ ihren Ausstoß zu steigern, was nur durch die verstärkte Zuweisung von Arbeitskräften, d. h. von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen, durch die Errichtung von Erweiterungsbauten bei den Fabriken und durch eine extensive Ausschöpfung der Arbeitskraft – 60-Stunden-Woche im Durchschnitt – zu bewerkstelligen war.

Viele der eingesessenen Freiburger Unternehmen produzierten kaum noch die Güter, die sie in Friedenszeiten hergestellt hatten. 1944 waren fast alle in Rüstungsprogramme für Heer, Luftwaffe und Marine eingespannt. Beispielsweise stellte die Schlossfabrik Theodor Kromer im Stühlinger Werferraketen und Nebelwerfermunition her. Die Büromöbelfabrik Fortschritt in Haslach baute Patronenkästen und Flugzeugteile. Die Apparatebaufirma Hellige war an der Torpedoherstellung beteiligt. Die Maschinenfabrik Raimann in St. Georgen fertigte Hochdruckarmaturen für U-Boote und Lafetten für Feldhaubitzen. Spohn & Knoell stellte neben den üblichen Säcken und staubdichten Geweben nun auch beschichtete Abdeckplanen für Panzer her.<sup>3</sup>

## KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter

Sicher einer der finstersten Aspekte der Zwangsarbeiterproblematik ist der Einsatz von KZ-Häftlingen unter menschenverachtenden Bedingungen zur Zwangsarbeit, den viele der Opfer nicht überlebten. Belege dafür, dass auch diese Art der Zwangsarbeit in Freiburg stattgefunden hat, konnten der Autor, Dr. Bernd Spitzmüller, und Wolfgang Mehnert bei ihren Recherchen zur Erforschung der Freiburger Zwangsarbeitergeschichte nicht ermitteln. Geplant allerdings war sie. Im März 1945, also wenige Wochen vor dem Einmarsch französischer Truppen in Freiburg, fragte noch das Eisenbahnbetriebsamt bei der Stadtverwaltung wegen Unterbringungsmöglichkeiten für 500 Konzentrationslagerhäftlinge zum Arbeitseinsatz an. Es spricht einiges dafür, dass es um Häftlinge aus Flossenbürg ging, die am 25./26. März in Offenburg eintrafen und vielleicht für Freiburg bestimmt waren; dorthin aber nicht mehr weitertransportiert werden konnten. Sie gehörten zu sogenannten SS-Eisenbahnbaubrigaden, die zur Instandhaltung der immer wieder zerstörten Bahnanlagen rund um die Uhr und unter Jagdbomberbeschuss verwendet wurden. Untergebracht waren sie zu jeweils 70 Personen in Eisenbahnwaggons mit 4-stöckigen Betten. Bei der Arbeit wurden sie mit Peitschen angetrieben. In den Arbeitspausen wurden sie in die Waggons eingeschlossen. Die Ernährung bestand aus ½ Liter Ersatzkaffee morgens, ½ Liter Suppe mittags und 300g Brot mit Margarine am Abend.<sup>4</sup>

Die KZ-Häftlinge standen auf der untersten Stufe einer vielschichtigen Klassengesellschaft im Zwangsarbeiterwesen, das seit 1939 von den Nazis zur Behebung des durch Einberufungen und Kriegsverluste verursachten Arbeitskräftemangels in Landwirtschaft und kriegswichtiger Industrie sowie zur Steigerung und Aufrechterhaltung der Rüstungsproduktion organisiert wurde.

---

<sup>3</sup> BERND SPITZMÜLLER: „...aber das Leben war unvorstellbar schwer.“ Die Geschichte der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Freiburg während des Zweiten Weltkriegs. Mit Beiträgen von ULRICH P. ECKER, Freiburg 2004, S. 104f.

<sup>4</sup> Ebd., S. 41f.; StadtAF, D.Qua. 71.

## Zwangsarbeiterbeschaffung

Im begrenzten Rahmen dieser zusammenfassenden Übersicht ist es ausgeschlossen, eine systematische und vollständige Darstellung von Arbeitskräftebeschaffung, Organisation und Entwicklung des Zwangsarbeitswesens in Deutschland auch nur versuchen zu wollen. Vielmehr sollen die lokalen Verhältnisse beleuchtet und beispielhafte Einzelschicksale herausgestellt werden. Allerdings müssen zum besseren Verständnis des Ganzen wenigstens einige grundsätzliche Dinge in Kürze angesprochen werden.

Schon vor 1939 waren verstärkt arbeitssuchende Zivilarbeiter aus den Nachbarländern und Italien angeworben worden. Die Anwerbung von angeblichen „Freiwilligen“ ging auch nach Kriegsbeginn in den besetzten Gebieten weiter, wobei der „Freiwilligkeit“ teilweise drastisch nachgeholfen wurde. So wurden beispielsweise Betriebe kurzerhand geschlossen, um angebliche Arbeitslose zu produzieren, die dann zum Dienst im Reich gepresst werden konnten. Für alle „freiwilligen“ Zwangsarbeiter war der Übergang in die Zwangsarbeit mit dem Fortschreiten des Krieges vorprogrammiert.<sup>5</sup>

Seit Kriegsausbruch konnten Kriegsgefangene, wie es die Haager Landkriegsordnung und die Genfer Konvention – jedenfalls für Nicht-Offiziere – zuließen, zur Arbeit eingesetzt werden. Zugleich wurde in den besetzten Gebieten mit der rigorosen Beschaffung von Zivilarbeitern begonnen, teilweise durch die Zwangsaushebung ganzer Jahrgänge, teilweise durch überfallartige Razzien in eingekesselten Bezirken. Wer dabei nicht auf der Stelle den Besitz eines Arbeitsplatzes nachweisen konnte, wurde festgenommen und abtransportiert. Es kam zur wahllosen Abführung und Deportation ganzer Dorfschaften. Janina Radecka erlebte das am eigenen Leib in einem kleinen Ort bei Wilna.<sup>6</sup> Im September 1943 umzingelten deutsche Soldaten das Dorf, in dem Jagd auf junge Leute gemacht wurde, die als Zwangsarbeiter nach Deutschland gebracht werden sollten. Auch die 19-jährige Janina wurde aufgegriffen und – ohne dass ihr Gelegenheit gegeben worden wäre, ihre Eltern zu informieren – abtransportiert. Nach tagelanger Fahrt in Viehwaggons und Zwischenaufenthalt in einem Lager kam sie durch Hunger, Kälte und Krankheit geschwächt in Freiburg an. Sie wurde einem Gasthausbesitzer als Küchenhilfe zugeteilt. Zwar war die Arbeit für sie schwer und ungewohnt, aber sie wurde gut behandelt und der offiziellen Kontaktsperre zum Trotz vom Koch der Wirtschaft immer wieder nach Hause zu seiner Familie eingeladen.

### Die NS-Rassentheorie und das Zwangsarbeiterwesen

Zwangsarbeit war nicht gleich Zwangsarbeit. Die Unterschiede waren erheblich und sie konnten – je nachdem – über Leben und Tod entscheiden. Abhängig war alles von der Einstufung im abstrusen System der NS-Rassentheorie und von politischer Opportunität.

In einem Merkblatt der Staatspolizeistelle Dresden vom November 1942 findet sich eine kurz gefasste Darstellung der Rassenhierarchie, die wesentlich für die Verwendung und Behandlung sogenannter Fremdarbeiter war: Ganz oben in der Hierarchie standen danach *die germanischen Völker, die Holländer, Flamen, Dänen*. Ihnen folgten die Angehörigen verbündeter und befreundeter Staaten wie Italiener, Spanier und Ungarn, dann die Arbeiter aus den besetzten Gebieten im Westen, also Belgier und Franzosen, anschließend die der besetzten Gebiete im Südosten wie Griechen und Serben. Noch unter diesen standen die Arbeiter aus Böhmen und Mähren, unter diesen wiederum die Angehörigen der ehemaligen baltischen Staaten, gefolgt von Ukrainern, Weißrussen, Polen und Russen. Am untersten Ende der Menschenskala des nationalsozialistischen Rassenwahns waren die Juden angesiedelt.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> SPITZMÜLLER (wie Anm. 3), S. 22ff.

<sup>6</sup> Ebd., S. 62 und 64f.

<sup>7</sup> Ebd., S. 19f.

Dass dieses Weltbild ein politisches war, bekamen die Italiener zu spüren. Als Italien 1943 die Front wechselte, wurden sie mit den Sowjetbürgern auf eine Stufe gestellt und bei der Zwangsarbeit als Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter entsprechend behandelt bzw. misshandelt. Dagegen konnten Sowjetbürger in der rassentheoretischen Hierarchie aufsteigen, wenn sie sich freiwillig zur Wlassow-Armee oder russischen SS-Einheiten meldeten und „Kameraden“ wurden.

### „Westarbeiter“

Das erträglichste Los unter den Zwangsarbeitern in Freiburg hatten – wenn man so etwas sagen darf und kann – die sogenannten „Westarbeiter“, also vor allem Männer und Frauen aus den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Italien, die als freiwillige oder zwangsverpflichtete Zivilarbeiter nach Freiburg gekommen waren. Sie wurden vorwiegend in Gewerbe- und Industriebetrieben beschäftigt. Den größten Teil von ihnen hatte in Freiburg der Kunstseidenproduzent Rhodiaseta in Diensten, der auch in der kriegswichtigen Herstellung von Fallschirmen, Uniformstoffen und sogenanntem Drahtrollglas tätig war: Neben 211 französischen und 69 britischen Kriegsgefangenen (übrigens indischer Herkunft) sowie 109 sowjetischen Zwangsarbeiterinnen, die in eigenen Lagern am Rande des Firmengeländes untergebracht waren, wurden dort 243 Männer und Frauen aus Frankreich, 35 aus Holland, 62 aus Belgien und 3 aus Italien beschäftigt.<sup>8</sup>

„Westarbeiter“ und „Westarbeiterinnen“ wohnten in von den Firmen angemieteten oder gebauten Privatunterkünften. Sie wurden wie entsprechende deutsche Arbeitskräfte entlohnt, aus der Werkskantine gepflegt und durften sich in einem vorgeschriebenen zeitlichen und räumlichen Rahmen in der Stadt und Umgebung bewegen. Es war ihnen erlaubt, Gasthäuser und kulturelle Veranstaltungen zu besuchen, Sport in eigenen Vereinen zu treiben und privat mit Deutschen zu verkehren.

Einer dieser „privilegierten Westarbeiter“, der Holländer Piet Coenen, besuchte im Mai 2003 auf Einladung der Stadt nochmals Freiburg, wo er nach seiner Zwangsverpflichtung als Zivilarbeiter in Deutschland seit 1943 bei der Optischen Anstalt Fritz Kuhnert im Stadtteil Stühlinger Zielgeräte für die Luftwaffe hatte bauen müssen. Mit anderen Holländern und Franzosen hauste der damals 19-Jährige im Gasthaus „Wartburg“ (Abb. 1). Ihm war wohl bewusst, dass es ihm als „Westarbeiter“ besser erging als anderen Arbeitskräften, vor allem aus Osteuropa. Bei seinem Besuch 2003 sagte er im Gespräch: *Die Leute waren nett zu mir und ich habe gemerkt, dass da ein großer Unterschied war in der Behandlung von holländischen und französischen Zwangsarbeitern im Vergleich zu den „Ostarbeitern“. Die hatten eine sehr schlechte Zeit.*<sup>9</sup>

Allerdings konnte es mit der Vorzugsbehandlung auch schnell vorbei sein, wenn man auffällig wurde und wie der Holländer Johannes de Smit der Gestapo in die Hände fiel. De Smit, der zunächst versucht hatte, in seiner Heimat unterzutauchen, um der Deportation zum Arbeitsinsatz in Deutschland zu entgehen, war dann doch aufgegriffen worden und im Juli 1943 nach Freiburg gekommen. Zwar ging es ihm bei einem Schuhmacher in der Herrenstraße nicht schlecht, doch nutzte er die erste Gelegenheit zur Flucht. Die kam, als er im September 1944 zum Schanzdienst an den Rhein kommandiert wurde. Mit zwei Landsleuten machte er sich zu Fuß und per Bahn auf den Weg in die Heimat. Kurz vor dem Ziel wurde de Smit bei einer Razzia in Rotterdam aber aufgegriffen. Man steckte ihn in ein „rollendes AEL“, d. h. in ein mobiles sogenanntes Arbeitserziehungslager. Dessen Insassen wurden von Lüneburg aus mit

<sup>8</sup> Ebd., S. 43ff.

<sup>9</sup> StadtAF, M2/429 Nr. 2; SPITZMÜLLER (wie Anm. 3), S. 49.



Abb. 1 Im Gasthaus „Wartburg“ an der Engelbergerstraße waren Zwangsarbeiter der Optischen Anstalt Kuhnert untergebracht (StadtAF, M 7089).

Zügen quer durch ganz Nordwestdeutschland zu Himmelfahrtskommandos gekarrt. Sie mussten Blindgänger ausgraben oder unter Beschuss Schienen reparieren. Gearbeitet wurde mit wenigen Pausen Tag und Nacht, kaum bekleidet und barfuß in Holzschuhen, oft bei Temperaturen von 10-15 Grad unter null.

Gehaust wurde in Güterwaggons, die so eng waren, dass man nicht ausgestreckt liegen konnte. Noch heute leidet Johannes de Smit, der in Holland in einer speziellen Einrichtung für Kriegsgesopfer und ehemalige Zwangsarbeiter lebt, unter den traumatischen Erfahrungen.<sup>10</sup>

### Polnische Zwangsarbeiter

Ganz anders als den „Westarbeitern“, die, wenn sie nicht gerade wie Johannes de Smit unter die Räder kamen, ein erträgliches Dasein fristeten, erging es den polnischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern sowie den unter dem Begriff „Ostarbeiter“ zusammengefassten Ukrainern, Weißrussen und Russen (Abb. 2).

Die Polen gehörten zu den Ersten, die nach Kriegsausbruch dem Zugriff der deutschen Arbeitsverwaltung ausgeliefert waren. In großer Zahl waren polnische Kriegsgefangene auch nach Freiburg gebracht worden und zur Zwangsarbeit vor allem in der Land- und Forstwirtschaft.

<sup>10</sup> StadtAF, M2/429 Nr. 5; SPITZMÜLLER (wie Anm. 3), S. 50f. und 151.



Abb. 2 Polnische Kriegsgefangene des in Freiburg-Herdern stationierten Arbeitskommandos 3405 (StadtAF, M 7089).

schaft eingesetzt worden. Ihnen folgten bald zwangsdeportierte Zivilisten, Männer und Frauen, denn nach Vorstellung der Nazis sollte das sogenannte Generalgouvernement Polen in erster Linie Arbeitskräftereservoir für die deutsche Landwirtschaft sein. Seine Bevölkerung sollte auf niedrigem Lebens- und Bildungsstandard gehalten werden. In Freiburg waren während des Krieges 29 weibliche und 265 männliche Zwangsarbeiter aus Polen eingesetzt, darunter 105 Kriegsgefangene, die im Juli 1940 in den zivilen Zwangsarbeiterstatus überführt worden waren.<sup>11</sup> Einer der jungen Polen, die gewaltsam nach Deutschland verpflanzt wurden, war Josef Bednarz. Er erhielt im April 1941 ein amtliches Schreiben, mit dem er aufgefordert wurde, sich zu einem angegebenen Termin an einem bestimmten Ort in Arbeitskleidung einzufinden. In einem großen Sammellager bei Krakau, das eine knüppelnde Lagerpolizei terrorisierte, wurden Transporte ins Reich zusammengestellt. Dort wurde der junge Bednarz nach Freiburg in Marsch gesetzt, wo er nach zehntägiger Fahrt in Viehwaggons angelangte. Bei der Verteilung auf Arbeitsplätze wurde er einem Bauern in Hochdorf zugeteilt. Harte Arbeit ohne Lohn, aber mit Demütigungen, Schikanen und Schlägen erwartete ihn dort. Besser erging es ihm, als er nach einem Jahr auf den Hof der Familie Binniger in Benzhausen kam, wo er den zur Wehrmacht eingezogenen Sohn als Arbeitskraft ersetzen sollte. Hier wurde er anständig behandelt, ungeachtet der Intervention durch den Ortsbauernführer in das Gemeinschaftsleben der Familie aufgenommen und gut versorgt. Herr Bednarz blieb nach dem Kriege in Freiburg bzw. Hochdorf, wo er eine Familie gründete und ein Haus baute.<sup>12</sup>

Die enge Lebensgemeinschaft der polnischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in der Landwirtschaft mit ihren deutschen „Arbeitgebern“, die in den bäuerlichen Betrieben un-

<sup>11</sup> SPITZMÜLLER (wie Anm. 3), S. 57ff.

<sup>12</sup> StadtAF, M2/429 Nr. 2; SPITZMÜLLER (wie Anm. 3), S. 57f., 141 und 158.

vermeidlich war, versuchten die deutschen Behörden durch Verordnungen, die sogenannten Polenerlasse, möglichst zu begrenzen und eindeutig zu regeln.<sup>13</sup> Sie umfassten unter anderem Ausgangsverbote in den Abend- und Nachtstunden, Beschränkung der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel und des Gasthausbesuchs, Verbot des Besitzes und der Benutzung von Fahrrädern sowie Verbot der Teilnahme an deutschen Veranstaltungen. An der Kleidung hatten die Polinnen und Polen ein aufgenähtes gelbes Abzeichen mit einem violetten P zu tragen.

Drakonische Strafen drohten, wenn es zu sexuellen Kontakten zwischen Deutschen und Polen kommen sollte, die – wie es hieß – die „Reinhaltung des deutschen Blutes“ gefährdeten. Während Verhältnisse deutscher Männer mit Polinnen als Kavaliersdelikte behandelt wurden, hatten im umgekehrten Falle die polnischen Zwangsarbeiter mit öffentlicher Hinrichtung zu rechnen, bei denen Schicksalsgenossen mitzuhelfen hatten, und die deutschen Frauen mussten fürchten, in demütigender Weise durch das Dorf getrieben und anschließend eventuell in „Schutzhaft“ genommen oder ins KZ eingeliefert zu werden.<sup>14</sup>

### „Ostarbeiter“

Nachdem schon 1941 kriegsgefangene Rotarmisten zur Zwangsarbeit in Freiburg eingetroffen waren, erschienen 1942 die ersten sogenannten „Ostarbeiter“ in der Stadt, also Zivilisten, Männer und Frauen, teilweise mit Kindern, die aus den von den Deutschen besetzten Gebieten der Sowjetunion ins Reich deportiert worden waren.

Sie boten nach tagelangen Bahntransporten in verriegelten Güterwagen, verschmutzt in Lumpen und ohne Schuhe einen erbärmlichen und abstoßenden Eindruck, wenn sie durch die Stadt geführt wurden. Und das war auch so beabsichtigt. Man wollte sie als „Untermenschen“ präsentieren, auf deren Leben es nicht ankam.<sup>15</sup> Sie sollten – auf welche Weise auch immer, sei es durch Deportation, Aushungerung oder sonstige Liquidierung – aus den europäischen Gebieten der Sowjetunion entfernt werden, die zur Erschließung als Lebensraum im Osten für deutsche Siedler vorgesehen waren. Bevor sie umgebracht wurden, sollte ihre Arbeitskraft aber möglichst noch für die Kriegswirtschaft ausgebeutet werden.

Für viele Weißrussen, Russen und Ukrainer blieb Freiburg nur eine Durchgangsstation. Diejenigen, die blieben und das waren insgesamt mindestens 2.000, wahrscheinlich aber eher deutlich mehr, wurden in Firmenlagern und vor allem im berühmtesten sogenannten „Ostarbeiterlager“ untergebracht, das von einer Arbeitsgemeinschaft verschiedener Freiburger Unternehmen unterhalten und im Juni 1942 in Betrieb genommen wurde.<sup>16</sup> Es befand sich auf dem Gelände des ehemaligen Werks II der MEZ AG zwischen heutiger Habsburgerstraße, Rennweg und Sautierstraße, das jetzt mit Wohnhäusern überbaut ist. 1.000 bis 1.500 Menschen waren in diesem mit Stacheldraht umzäunten Fabrikkomplex unter katastrophalen hygienischen Bedingungen zusammengepfercht. Nachts patrouillierten Polizisten mit Hunden durch und um die Gebäude. Wachen und auch einer der Lagerleiter zögerten nicht, die Insassen mit Peitschen zu traktieren. Geschlafen wurde auf verwanzten Bastmatten. Die verabreichten Essensrationen, die aus Pferde- und Freibankfleisch, Brot, Kohlrüben und Tee-Ersatz bestanden, waren unzureichend und teilweise ungenießbar. An der Kleidung hatten die „Ostarbeiter“ einen Aufnäher mit der Inschrift „OST“ als Kennzeichen zu tragen.

Unter den Lagerbewohnern waren viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die bei der Reichsbahn eingesetzt waren. Eine von ihnen war Anna Djatschenko. Zusammen mit 30

<sup>13</sup> SPITZMÜLLER (wie Anm. 3), S. 59f.

<sup>14</sup> Ebd., S. 60f.

<sup>15</sup> Ebd., S. 67ff.

<sup>16</sup> Ebd., S. 71ff.

anderen Ukrainerinnen musste sie täglich unter Bewachung ins Eisenbahnbetriebswerk marschieren, um dort Waggons und Lokomotiven zu reinigen, d. h. auch die Feuerung der Dampflokomotiven auszuräumen, Rußfänger zu putzen und Schlacken herauszuschlagen. Als sie sich mangels Strümpfen im Winter die bloßen Füße in den Holzschuhen mit Lappen umwickelten, wurde das von den Vorarbeitern verboten. Sie durften sich auch nicht an den großen Koksöfen der Halle aufwärmen und nach der Arbeit gab es zum Waschen nur kaltes Wasser. Heimlich benutzten die Frauen das noch warme Kesselwasser der Lokomotiven. Ihr Bruttolohn von 42 Reichsmark pro Monat wurde für Unterkunft und Verpflegung einbehalten.<sup>17</sup>

Es gibt eine ganze Reihe von Aussagen ehemaliger Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, welche die Reichsbahn als besonders ausbeuterischen Dienstherrn schildern. Der Bahn in dieser Beziehung kaum nachgestanden hat die Stolberger Zink AG mit ihrem Erzbergwerk in Kappel.<sup>18</sup> Auch hier haben wir schriftliche und mündliche Zeitzeugenaussagen, zum Beispiel von Aleksej Gapischko, Aleksej Dowschenko und Ivan Plushnik, mit denen wir 2003, als sie auf Einladung der Stadt nochmals in Freiburg waren, zu ihrem alten Arbeitsplatz, dem Kappeler Stollen hoch oben am Schauinsland gefahren sind (Abb. 3). Gearbeitet wurde dort oben im Dreischichtbetrieb, jeweils 8 Stunden. Die Ernährung mit Freibankfleisch, Rübenschnitzen und Brot war unzureichend. Teilweise gaben die deutschen Bergarbeiter, die im Unterschied zu den Ukrainern während der Arbeit mit warmem Essen versorgt wurden, den jungen ausländischen Kollegen Teile ihrer Ration ab, damit diese überhaupt bei Kräften und arbeitsfähig blieben. Prügeln zur Einschüchterung und Disziplinierung war nichts Außergewöhnliches.

Nur kurz war der Aufenthalt der 17-jährigen Paraskowja Leschtschenko (nach ihrer Heirat: Romanowa) im Freiburger „Ostarbeiterlager“, als sie 1943 mit 300 anderen Frauen aus der Ukraine nach Deutschland verschleppt wurde (Abb. 4). Sie wurde gleich weitertransportiert nach Todtnau, wo die Freiburger Schlossfabrik Theodor Kromer Steuersätze für Raketengeschosse baute. Noch immer steht dort jenes alte Fabrikgebäude, in dem die Geschosse gebohrt und gefräst wurden. Als wir beim Besuch von Frau Romanowa/Leschtschenko davor standen, übermannten sie die schlimmen Erinnerungen an ihre Zeit dort. Es war Präzisionsarbeit verlangt, die den ungelerten Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen schwerfiel. Aber Ausschussproduktion wurde mit Essensentzug und Auspeitschen bestraft. Gearbeitet wurde in zwei zwölfstündigen Schichten. Die Fertigung von 30 Treibsätzen pro Schicht – ein kaum zu bewältigendes Pensum – war gefordert. Zu essen gab es nur mit Sägemehl versetztes sogenanntes „Russenbrot“, d. h. Kartoffelschalen, Suppe und Rüben. Frau Leschtschenko, die der Arbeit in der Fabrik nicht gewachsen war, hatte das Glück, nach einiger Zeit zum Küchendienst abkommandiert zu werden. Beim Essenstransport in die Fabrik wäre ihr ein Zwischenfall allerdings fast zum Verhängnis geworden: Als sie halbverhungerten Landsleuten, die auf der Straße an ihr von Wachen vorbeigetrieben wurden, verbotenerweise Brot zuwerfen wollte, wurde sie ergriffen und nur durch das Eingreifen einer deutschen Mitarbeiterin vor dem sofortigen Erschießen bewahrt. Sie verbrachte drei Tage Strafhaft in einem rattenverseuchten dunklen Keller. Als sie dort schließlich wieder herauskam, konnte sie vor Ekel nichts mehr essen. Mit Gummiknütteln wurde ihr der Appetit wieder eingebläut.<sup>19</sup>

Die Fülle solcher eindringlicher Erlebnisberichte, die im Stadtarchiv Freiburg vorliegen, ist groß und man könnte noch viel daraus zitieren.<sup>20</sup> Eine Auswahl ist im 2004 vom Stadtarchiv vorgelegten Forschungsbericht über die Zwangsarbeit in Freiburg auszugsweise abgedruckt. Dort ist auch nachzulesen, was zu den Kapiteln Zwangsabtreibungen und Zwangssterilisierungen sowie zu pathologischen Untersuchungen an verstorbenen Zwangsarbeiterkindern in der

<sup>17</sup> StadtAF, M2/429 Nr. 2; SPITZMÜLLER (wie Anm. 3), S. 76-82, 112f., 137f., 147 und 162.

<sup>18</sup> StadtAF, M2/429 Nr. 2, 3 und 5; SPITZMÜLLER (wie Anm. 3), S. 89ff.

<sup>19</sup> StadtAF, M2/429 Nr. 5; SPITZMÜLLER (wie Anm. 3), S. 74f., 116f. und 130.

<sup>20</sup> StadtAF, M2/429 Nr. 2-5.





*Abb. 3* Vor dem Eingang des Kappler Stollens, in dem sie einst als Zwangsarbeiter bei der Stolberger Zink AG Zinkerz förderten, ließen sich Aleksej Dowschenko, Aleksej Gapischko und Iwan Pluschnik 2003 beim Besuch in Freiburg fotografieren (StadtAF, M 7089).



*Abb. 4* Nichts geschenkt wurde Paraskowja Romanowa, geb. Leschtschenko, in ihrem Leben. 1933 starb ihre Mutter an Hunger, 1938 wurde ihr Vater als politischer Gefangener nach Kolyma deportiert. Sie selbst wurde zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Bereits mit 30 war sie Witwe und musste drei Kinder alleine großziehen (StadtAF, M 7089).

Freiburger Universität, die unter merkwürdigen Umständen zu Tode kamen, herausgefunden wurde. Angesprochen werden in diesem Bericht jedoch auch die nicht wenigen Beispiele für heimliche Akte der Menschlichkeit seitens der Freiburger gegenüber den Zwangsarbeitern.<sup>21</sup> Im Rahmen des vorliegenden Beitrages kann darauf nicht eingegangen werden.

## Displaced Persons

Für viele ehemalige Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die bei Kriegsende in der Sprache der Alliierten zu sogenannten Displaced Persons (DPs) oder *Personnes déplacées* wurden, war das Martyrium 1945 noch nicht zu Ende.<sup>22</sup>

Durch den großen Luftangriff auf Freiburg am 27. November 1944 waren viele Betriebsstätten zerstört worden. Doch auch Materialmangel, Verkehrschaos, häufiger Bombenalarm und Jagdbomberattacken sowie das Wegbleiben der deutschen Mitarbeiter machten eine geordnete Produktion seit Ende 1944 in Freiburg unmöglich. Einige Betriebe wurden samt ihrer Zwangsarbeiter ins Hinterland evakuiert, andere geschlossen. Die dort eingesetzten Zwangsarbeiter wurden versetzt oder kurzerhand über die Grenze in die nahe Schweiz abgeschoben. Man beseitigte sozusagen das Problem und glaubte vielleicht auch, auf diese Weise unangenehme Beweismittel aus der Welt zu schaffen, bevor die Franzosen einrückten. So erinnern sich die Ukrainer, die im Kappler Bergwerk eingesetzt waren, dass sie Mitte April 1945 nachts von Volkssturmläuten geweckt, gesammelt und dann in Marschkolonnen 2 Tage und 2 Nächte lang nach Süden geleitet wurden, immer in der Angst liquidiert zu werden. In Basel wurden sie über die Grenze abgeschoben. Schweizer Quellen bestätigen den Vorgang. Für den 22. April meldete die Basler Chronik: „Fremdarbeiter aller Nationen überschreiten zu Hunderten die badisch-schweizerische Grenze“. Das Gleiche passierte in Rheinfelden: Vom 21. bis 25. April wurden dort 3.029 Zwangsarbeiter in die Schweiz überstellt.<sup>23</sup>

Der größte Teil des millionenstarken Heeres von Menschen aus ganz Europa, die durch Deportationen und Kriegsgeschehen entwurzelt worden waren, hielt sich nach Kriegsende nun zwar befreit, aber mittels-, unterkunfts- sowie arbeitslos in Deutschland auf und wartete auf Hilfe. Schnelle Versorgung, Rückführung in die Herkunftsländer oder Neuansiedlung war erforderlich. Die Alliierten hatten dieses Problem schon lange vor Kriegsende kommen sehen und versucht, Vorsorge zu treffen.

Im Rahmen der Vereinten Nationen war eine Hilfsorganisation gegründet worden, die U.N.R.R.A. (United Nations' Relief and Rehabilitation Administration), die sich in Zusammenarbeit mit den Militärregierungen in den Besatzungszonen um die Displaced Persons kümmerten, also jene Personengruppe zu der Kriegsgefangene, Flüchtlinge, deportierte Zivilarbeiter, Vertriebene und überlebende KZ-Häftlinge gehörten. Die U.N.R.R.A. wurde in Zusammenarbeit mit einem Service des *Personnes déplacées* der französischen Militärregierung auch in Freiburg tätig. Die DPs in der französischen Besatzungszone wurden in zentralen Lagern zusammengefasst. In Freiburg entstanden das Centre de Rapatriement in der späteren Vaubankaserne an der Stadtgrenze zu Merzhausen und das Centre Fribourg-Haslach im ehemaligen HJ-Heim in der Schenkendorfstr. 25. Daneben gab es weitere Einrichtungen im Stadtgebiet.

Nahezu reibungslos – jedenfalls von politischen Hindernissen unbeeinträchtigt – vollzog sich in relativ kurzer Zeit die Rückführung der westeuropäischen Displaced Persons in ihre Heimatländer. Allerdings war die Rückreise in die Heimat für viele Betroffene auch mit Fährnissen verbunden. Die Holländer Piet Coenen und Willy Colpaert etwa, deren Zug in mehreren

<sup>21</sup> SPITZMÜLLER (wie Anm. 3), S. 112f. und 121ff.

<sup>22</sup> Ebd., S. 151ff.

<sup>23</sup> StadtAF, M2/429 Nr. 5; SPITZMÜLLER (wie Anm. 3), S. 147f.



Abb. 5 Zwei polnische Polizisten sichern die Waggons eines Repatriierungszuges, der aus der französischen Besatzungszone in die Heimat abgeht (StadtAF, M 7090/27).

Etappen durch Frankreich fuhr, erlebten eine wochenlange Unterbrechung ihrer Reise in der Gegend von Orléans, wo sie in einem Lager – einem ehemaligen KZ – ausharren mussten, bis eine Typhusepidemie unter den DPs ausgestanden war.<sup>24</sup>

Auch die Repatriierung der Sowjetbürger und -bürgerinnen wurde zu einem großen Teil schon recht schnell 1945 abgewickelt. Hingegen hatten bis November 1945 nur vergleichsweise wenige Polen und Balten die Heimreise angetreten. Sie bildeten daher Ende 1945 die bei Weitem größte nationale Gruppe unter den noch 80.000 bis 100.000 verbliebenen DPs in der französischen Zone. Viele von ihnen stammten aus Ostpolen bzw. den drei kleinen baltischen Staaten Litauen, Estland und Lettland, die inzwischen von der Sowjetunion geschluckt worden waren. Die allen Bemühungen der U.N.R.R.A. und des Service des Personnes déplacées trotzende Unlust der Polen und Balten, sich repatriieren zu lassen, nahm noch zu, als immer mehr Gerüchte über Zustände in den Ländern hinter dem sich allmählich schließenden Eisernen Vorhang in die Lager der französischen Zone gelangten (Abb. 5).<sup>25</sup>

Ein besonderer Fall ist die Repatriierungspolitik der Sowjetunion.<sup>26</sup> Sie bestand auf einer schnellen und ausnahmslosen Rückführung ihrer Bürger und Bürgerinnen – notfalls mit Gewalt. Es gab dafür eine eigene sowjetische Repatriierungsmission in der französischen Zone, die durch das Land fuhr und die es wenig scherte, ob das den Franzosen passte oder nicht. Die Haltung der Franzosen zur sowjetischen Repatriierungspolitik war zwiespältig. Einerseits wollten sie mit ihren Alliierten nicht in Konflikt geraten, andererseits störte sie deren Rücksichts-

<sup>24</sup> StadtAF, M2/429 Nr. 2; SPITZMÜLLER (wie Anm. 3), S. 157.

<sup>25</sup> SPITZMÜLLER (wie Anm. 3), S. 157f.

<sup>26</sup> Ebd., S. 159ff.

losigkeit und weite Auslegung des Begriffs „sowjetische Staatsbürger“: Anders als die Franzosen, die von den Grenzen der Sowjetunion 1939 ausgingen, beanspruchten die Sowjets nämlich alle Displaced Persons, die auch aus den von ihnen nach 1939 okkupierten Gebieten stammten. Allein aus dem Centre de Rapatriement in Freiburg waren bis Juni 1945 in 28 Schüben schon 1.775 Russen und Ukrainer nach Osten in Marsch gesetzt worden. Weitere 233 folgten im September.<sup>27</sup>

Die Gründe für das Bestehen der Sowjetunion auf kompletter Repatriierung sind vielschichtig: Zum einen spielte die Rückgewinnung des im Kriege verlorenen Arbeitskräftepotentials und die Bewahrung der sowjetischen DPs vor zu langem verderblichem Kontakt mit der nicht-kommunistischen Außenwelt eine Rolle. Daneben waren aber auch die Vermeidung eines Gesichtsverlusts der UdSSR auf internationaler Ebene durch Repatriierungsverweigerungen und die Verhinderung der Sammlung antikommunistischer Ex-Sowjetbürger im Ausland wichtig. Nicht zuletzt wollte man mit den repatriierten DPs auch Kollaborateure mit den Deutschen in die Hand bekommen, um sie exemplarisch bestrafen zu können. Grundsätzlich standen alle Kriegsgefangenen und deportierten Zivilarbeiter im Verdacht der Kollaboration. Deshalb wurden alle Repatriierten durch Filtrierlager geschleust, in denen sie teilweise wochen- und monatelang politisch unter die Lupe genommen wurden. „Screening“ hieß das in der Sprache der alliierten Militärverwaltungen.

Je nach Ergebnis erwartete viele danach nicht die Rückkehr nach Hause, sondern die Einziehung zum Militär oder erneute Zwangsarbeit im Rahmen der Aktion „Mobilisation in Arbeiterbataillonen zum Wiederaufbau der Sowjetunion“. Michail Marushenko etwa, der im Kappler Bergwerk der Stolberger Zink Zwangsarbeit geleistet hatte, berichtete: *In Görlitz gab es eine Personenkontrolle. Manche durften nach Hause fahren, manche nach Sibirien und manche mussten wie ich die Volkswirtschaft aufbauen. Im Oktober 1945 wurden wir Repatrianten in die Stadt Nishnij Tagil am Ural gebracht. Ich habe bis März 1948 in der metallurgischen Fabrik im Walzwerk gearbeitet. Dort habe ich einen sowjetischen Pass bekommen. Mit diesem durfte ich aber nicht in den großen Städten leben. So war das bis 1953, bis zu Stalins Tod. Wie sie sehen, hat mich mein Vaterland nicht verwöhnt.*<sup>28</sup> Auch Marushenkos Kappler Arbeitskollegen Plushnik ging es nicht viel besser. Er erzählte: *Wir wurden von der sowjetischen Staatssicherheit kontrolliert. Dann mussten wir in den Armeedienst gehen. Ich war in Deutschland in Leipzig und Borno. Erst im Jahre 1950 bin ich nach Hause zurückgekehrt.*<sup>29</sup>

Der nach Auffassung der Westalliierten viel zu langsame Abbau der großen Zahl von Displaced Persons wurde vor allem der U.N.R.R.A. angelastet. Ihr wurde vorgeworfen, sie kümmere sich zu wenig um die Durchsetzung einer raschen Repatriierung und mindere im Gegenteil sogar den Anreiz zur zügigen Rückkehr in die Herkunftsländer, indem sie sich zu sehr für eine gute Versorgung der Displaced Persons vor Ort einsetze. Die U.N.R.R.A. wurde aufgelöst und 1947 durch die I.R.O. (International Refugee Organization) ersetzt. Von dieser wurde das vorrangige Ziel der Repatriierung aufgegeben und stattdessen ein Schwerpunkt in der Neuansiedlung der verbliebenen DPs hauptsächlich in überseeischen Ländern (USA, Kanada, Australien) gesetzt.

In Freiburg wurde das DP-Problem am 9. April 1951 von den Franzosen für gelöst erklärt. Den deutschen Behörden in der Stadt wurden die letzten 7 Displaced Persons übergeben. Sie befanden sich alle in Kliniken oder Nervenheilanstalten.<sup>30</sup>

<sup>27</sup> Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche, Colmar (AOFAA), Délégation Provinciale pour le Bade, Affaires Politiques, Section des P.D.R., No. 921 und 923.

<sup>28</sup> StadtAF, M2/429 Nr. 5; SPITZMÜLLER (wie Anm. 3), S. 160f.

<sup>29</sup> StadtAF, M2/429 Nr. 5; SPITZMÜLLER (wie Anm. 3), S. 161.

<sup>30</sup> AOFAA (wie Anm. 27), Délégation Provinciale pour le Bade, Affaires Politiques, Section des P.D.R., No. 1323/5.